Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 31 (1952)
Heft: 10

Artikel: Israel : Land der Einwanderer
Autor: Fischer, Alfred Joachim
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-336663

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

renzen in der Betonung. Diejenigen, die sich nicht für weitere Verstaatlichungen in diesem Augenblick erwärmen und statt nach Zusammenballung politischer und wirtschaftlicher Macht nach Dezentralisierung rufen, sind nicht gegen jede Nationalisierung an sich. Sie stellen nur in Abrede, daß sie das Land dem sozialistischen Endziel näherbringen, wenn sie nicht von anderen Schritten begleitet ist. Diejenigen, die dem Appell an das Gute im Menschen skeptisch gegenüberstehen, verachten die ethischen Werte nicht. Sie bezweifeln nur, daß ihre demonstrative Unterstreichung den Effekt von Eingriffen in die Struktur der Gesellschaft erreichen oder gar ersetzen kann. Die polemische Zuspitzung von gegensätzlichen Auffassungen, deren Vorhandensein geradezu ein Lebenselement einer demokratischen Bewegung ist, dient der Klärung der Begriffe in einer Diskussion, die nie durch einen Mehrheitsbeschluß abgeschlossen werden kann. Ob sie im gegenständlichen Fall fruchtbar war, werden die Leistungen der nächsten Labourregierung erweisen.

ALFRED JOACHIM FISCHER

Israel — Land der Einwanderer

Jerusalem, im August 1952

Nach einem fünfmonatigen Aufenthalt in dem vor vier Jahren geborenen Staate Israel beginne ich langsam, mich von anfänglichen Verwirrungen und Mißverständnissen zu befreien. Zweifellos liegt für den Beobachter eine Schwierigkeit schon darin, daß Entwicklung und Probleme dieses kleinen, aber dynamischen Landes keine Vergleiche erlauben.

1. Israels strategische Situation ist einzigartig ungünstig. Es gehört zu den kleinsten Staaten der Erde, hat aber tausend Kilometer lange Grenzen mit feindlichen arabischen Nachbarn.

2. Seit seinem Sieg über die Araber befindet sich das israelische Volk in einem Schwebezustand zwischen Krieg und Frieden. Statt Grenzen, wenn sie auch *de facto* vorhanden sind, existieren *de jure* nur Waffenstillstandslinien. Täglich kommt es dort zu Zwischenfällen, Schießereien und Verlusten an Menschenleben. Da die Araber einen Friedensschluß ablehnen und die zweite Runde androhen, muß das Parlament von Jerusalem einem weit über die Leistungsfähigkeit eines kleinen und armen Staates hinausgehenden Verteidigungsetat zustimmen, von Opfern an produktiver Menschenkraft ganz zu schweigen.

3. Während das im Mittleren Osten am meisten fortgeschrittene Israel dazu prädestiniert wäre, diese Sphäre industriell zu versorgen und im Austausch Lebensmittel einzuhandeln, muß es infolge des arabischen Boykotts seine Produkte nach Finnland schicken und die eigene Ernährung durch amerikanische Hilfe sicherstellen.

4. Im gleichen Lande praktiziert man die fortschrittlichsten Methoden der Bodengewinnung, künstlichen Bewässerung usw., baut man modernste Städte und Siedlungen und zwingt gleichzeitig die Bevölkerung zur Einhaltung mittelalterlich anmutender Religionsgesetze.

5. Seit Begründung des neuen Staates vermehrten sich seine jüdischen Bürger um 110 Prozent. Hätte die Schweiz innerhalb von vier Jahren den gleichen Zuwachs erhalten, so lebten heute auf ihrem Gebiet 9,9 statt 4,8 Millionen Menschen. Einzigartig für ein Einwanderungsland ist fernerhin die Tatsache, daß jeder Jude ohne Ansehen des Berufes und Alters, seiner finanziellen Situation, seiner Bildung, Hautfarbe usw. hier gesetzlich fundiertes Anrecht auf Heimat und Staatsbürgerschaft besitzt.

In Ländern, wo eine antisemitische Gefahr auftritt oder akut ist, bezahlt die Jewish Agency Massen- und Gesamtevakuierungen. Aus anderen bringt sie bis zur letzten Finanzierungsmöglichkeit jüdische Menschen nach Israel.

6. Resultat dieses Exodus ist ein verwirrender Schmelztigel mit Mangel an Intellektuellen, Ärzten usw., ungewöhnlich im jüdischen Leben. Zu den Einwanderern gehörten Nobelpreisträger, erstrangige Wissenschafter, erfahrene Kaufleute, Handwerker und Facharbeiter, aber auch Orientalen, die weder ihren Namen schreiben können noch etwas von den Grundbegriffen der Hygiene ahnen.

In Israel heißt es sehr treffend: «Wer hier nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist.» Schon die Staatsgründung als solche war von Wundern begleitet. Amerika und Sowjetrußland — sonst auf jeder UNO-Tagung entgegengesetzter Ansicht — stimmten gemeinsam dem Palästina-Teilungsplan zu. Englands Sympathien gehörten damals den Arabern (von individuellen Ausnahmen bis zu höchsten militärischen Spitzen und prominenten Politikern, wie dem Labourabgeordneten R. H. S. Crossman und dem seinerzeitigen Oppositionsführer Winston Churchill, abgesehen). Unter den Augen der feindseligen Mandatsmacht konnte sich Hagana eine zahlenmäßig nicht unbedeutende, aber in ihrer Ausrüstung sehr bescheidene und gänzlich unzeitgemäß bewaffnete Untergrundarmee entwickeln. Am Tage der Entscheidung stand sie nicht nur Palästinas britischerseits geförderten Arabern, sondern auch den regulären Armeen sämtlicher souveräner arabischer Staaten gegenüber, die ohne Einschränkung aufrüsten konnten. Mit Flinten, Tollkühnheit, vielen Tricks, höherer Moral und einer weit besseren Strategie kam dieser jüdische, aller militärischen Logik widersprechende Sieg zustande, denn mehr Waffen erlangte die aus der illegalen Hagana formierte Armee erst im zweiten Abschnitt des Unabhängigkeitsringens. Sicherlich war es auch ein Vorteil, daß die Juden ihre Hauptangriffe nachts unternahmen, während Araber nach Sonnenuntergang nicht kämpfen, ja sehr oft abergläubische Geisterfurcht hegen. Ein bezeichnendes Beispiel für viele: Die ägyptische Armee wurde vernichtend geschlagen, weil der bekannte Historiker und Archäologe Yadin (Sohn des Bibelarchäologen Sukenik) eine

verschüttete römische Straße nach dem vorher unzugänglichen Ägypterhauptquartier Andja-el Hafir entdeckte. Auf ihrem Unterbau führte er seine Soldaten zur Entscheidungsschlacht. Yadin ist heute israelischer Stabschef — mit 34 Jahren der jüngste der Welt.

Vom gewonnenen Krieg wird die Gedankenwelt der Israelis stark beeinflußt. Ideologisch spielt er eine ähnliche Rolle wie in Jugoslawien Titos Partisanenringen. Wenngleich jüdisch-palästinensische Freiwilligenmeldungen von 1939 bis 1945 relativ sehr zahlreich waren, versteht man hier unter «*dem* Krieg» nur die Ereignisse des Jahres 1948. Starkes, militärisches Selbstbewußtsein blieb zurück. Heute ist die israelische Armee, wie sich der Verfasser bei Paraden und durch Besichtigung von Lagern überzeugen konnte, nicht nur in der Moral, vielmehr auch technisch und ausrüstungsmäßig hoch qualifiziert. Im Mittleren Osten steht sie an zweiter Stelle und wird nur von der des türkischen 21-Millionen-Volkes übertroffen.

Soldatische Ausbildung beginnt mit dem obligatorischen Wehrsport der Schulen (Gadna), Gepäckmärschen und streng disziplinierten Sommerlagern für Ausgewählte. Die eigentliche Dienstzeit, von der Mädchen nicht ausgeschlossen sind, dauert zwei Jahre. Reservisten dienen 42 Tage pro Jahr, bei älteren Jahrgängen (Männern bis 49, Frauen bis 39) etwa die Hälfte. Letztere werden nur aus nachgewiesen religiösen Gründen oder als Mütter befreit. Die militärische Dienstpflicht schädigt natürlich die ruhige wirtschaftliche Fortentwicklung. Auf der anderen Seite erleichtert sie die Einordnung der Neueinwanderer. Während des Militärdienstes bringt man ihnen in diesem Sprachenbabel neben Berufsschulung das Hebräische und, falls nötig, auch sonstige elementare Kenntnisse bei.

Welche Reaktion hinterließ nun der arabisch-jüdische Krieg auf der anderen Seite? Im Orient, wo Würde und Prestige einen höheren Kurs haben als anderswo, verschmerzt man ihre Verletzung auch weit schwerer. Gegenwärtig vorherrschende Gefühle sind eine merkwürdige Mischung aus Wunsch nach Revanche und Furcht vor israelischer Aggression. Einzelne — und nicht die unbedeutendsten — arabischen Staatsmänner hätten gegen einen Frieden mit dem israelischen Nachbarn nichts einzuwenden. Außer einer gelegentlichen Stimme aus Ägypten wagt das aber niemand offen einzugestehen. Anfänglich hochgezüchteter Terrorismus bleibt Warnung und Drohung zugleich. Niemand ist begierig, das Märtyrerschicksal des friedensgeneigten jordanischen Königs Abdullah zu teilen. Auch andere Momente spielen eine Rolle. Diktatursysteme, wie das General Schishaklis in Syrien, brauchen, um drakonisch regieren zu können, einen äußeren Vorwand, den ihnen die angebliche israelische Gefahr bietet. Hundert Millionen Dollar sind von Amerika, der UNO usw. für arabische Flüchtlingshilfe ausgegeben worden. Tatsächlich aber fließen diese Gelder in falsche Taschen. Für die Ansiedlung und Seßhaftmachung der exilierten palästinensischen Araber tat man praktisch nichts, während auf der

anderen Seite Israel keine Möglichkeit unausgenutzt läßt, um vertriebene Juden aus den arabischen Ländern zu absorbieren.

Natürlich bildet der wildflutende Flüchtlingsstrom aus palästinensischen Arabern bei materiell trostloser Situation ein irritierendes, revisionistisches und terroristisches Element. Infiltrationsversuche, die zum beträchtlichen Teil glücken und von den Arabern Israels gedeckt werden, sowie ein lebhafter Schmuggel provozieren immer wieder Grenzzwischenfälle. Ägypten, dessen Interessen wieder mehr und mehr auf Afrika konzentriert sind, das halbchristliche Libanon, mit dem innerhalb der Waffenstillstandskommissions-Kontakte ein fast herzliches Verhältnis herrscht, und Jordanien (sein Bewässerungsprogramm hängt vom guten Willen der Juden ab) würden vom Ende des absurden Kriegszustandes nur profitieren. Oft gehörte Vorwürfe, die Großmächte seien an der Beilegung dieses Konfliktes aus «Teile- und Herrsche»-Gründen desinteressiert, sollen hier kommentarlos wiedergegeben werden. Israel würde durch eine Aufhebung des arabischen Boykotts aus der Wirtschaftskatastrophe eines ständigen «Von-der-Hand-in-den-Mund-Lebens» gerettet werden.

Seines natürlichen Hinterlandes beraubt, muß es weit entfernte Märkte suchen, die für ein Land mit sehr kleiner eigener Handelsflotte wenig lukrativ sind. Dieser Umstand ist um so erschwerender, als die für Mittel-Ost-Verhältnisse sehr teure israelische Arbeit die Produktionskosten in die Höhe treibt.

Selbst wohlwollendste Beobachter müssen zugeben, daß das israelische Anderthalb-Millionen-Volk ohne amerikanische Hilfe nicht lebensfähig wäre und vermutlich bis zum Frieden mit seinen Nachbarn auch nicht sein wird, genau wie bis zu diesem Ereignis Israels Beteiligung am Mittel-Ost-Kommando nur theoretisch erwogen werden kann. Im Gegensatz zu NATO-Ländern muß der junge, schwer belastete Einwanderungsstaat die Verteidigungskosten vollkommen allein tragen. Durch ganz neue Bewässerungs- und Bodenkonservierungsmethoden wurde hier aus Dünen, Wüste und unkultiviertem Boden fruchtbares Land und Weiden für lohnende Viehzucht geschaffen. Auch das beste Tempo und gewagteste Experiment — u. a. ein Landjahr für die Militärdienstpflichtigen — konnten mit der Massenimmigration nicht Schritt halten und gigantisch ansteigende Versorgungsprobleme nicht lösen. Statt also die amerikanische Flüchtlingshilfe ausschließlich für produktivere Zwecke zu verwenden, mußte man sie zu großen Teilen in Lebensmitteln und zu kleineren in Abzahlung kurzfristiger Schulden investieren. Amerikanischerseits sagte man sich mit Recht, daß eine Grundvoraussetzung der Absorbierung von Flüchtlingsmassen zunächst einmal ihre Sättigung sei. Ohne dieses Verständnis der Vereinigten Staaten wäre die Verpflegung Israels nicht nur monoton, was sie tatsächlich ist, sondern auch unzureichend bis zur Gefahr einer allgemeinen Hungersnot.

Parallel mit der offiziellen US-Hilfe läuft die der amerikanischen Juden. Daß man wichtigste israelische Staatsmänner, vom Ministerpräsidenten,

Außenminister, Wirtschaftsminister und der Arbeitsministerin bis zu prominenten Abgeordneten, oft wochenlang nach den Vereinigten Staaten schickt, um dort für Anleihen *(Bond Drive)* und Beiträge zum *United Israel Appeal* zu werben, ist bezeichnend. Etwa 750 Millionen Dollar sind seit 1948 aus dieser Quelle nach Israel geflossen und für die Absorbierung der Einwanderer verbraucht worden.

Von amerikanischer Seite wurde auch in Bonn wegen der deutschen Reparationen an Israel interveniert. Diese Frage hatte die Gemüter bis zu höchsten Leidenschaften entfacht. Echte Gefühle, die auch jeder Andersdenkende respektieren muß, aber auch billiger Optimismus erschwerten der Regierung David Ben Gurions eine realistische Politik.

Widerstand großer Teile der Bevölkerung, wenn auch nicht einer Majorität, gegen jeden direkten Kontakt mit Deutschland, ist leicht erklärbar. Man braucht ja vergleichsweise nur die Einstellung jener Volksdeutschen zu analysieren, die die Tschechoslowakei, Polen und die *de facto* an Polen abgetretenen Gebiete verlassen mußten. Obgleich dieser Vertreibung Akte deutscher Aggression und grausamer Nazi-Willkür in den besetzten Ländern vorangegangen waren, fühlen sich die Volksdeutschen brutalisiert, beraubt und unmenschlich entwurzelt. Eine Versöhnung mit den Regierungen dieser Staaten ist für die meisten undiskutierbar und wäre es auch, wenn dort andere als kommunistische Regime herrschten.

Auf deutschen Befehl hin haben die Juden fast aller Teile des europäischen Kontinents, darunter der im jüdischen Sinne historischen Länder (wie Polen, Litauen, Lettland, okkupiertes Rußland usw.) keine Teilvernichtung und Teilvertreibung, sondern eine fast totale Ausrottung erduldet. Man beobachtete hier sehr wachsam solche Völker, deren Regierungssystem zwar gleichfalls antisemitisch war, aber die doch in großem Umfang verfolgten Juden halfen. So werden den Italienern ohne Bitterkeitsüberreste allgemein Loblieder gesungen. Nach israelischer Überzeugung gebühren zwar vereinzelten Deutschen, keineswegs aber der deutschen Bevölkerung, die den antijüdischen Mord- und Raubzug entweder aktiv mitgemacht oder toleriert habe, ähnliche zeithistorische Milderungsgründe.

Psychologisch erschwerend kommt hinzu, daß ein großer Teil der in Gettos und Lagern mißhandelten Juden als einzige Deutsche die SS-Bewachung, also den Abschaum der Menschheit, kannte. So entspricht die Ablehnung vieler, einen Kontakt mit und in dieser Generation überhaupt herbeizuführen, echten Gefühlen. Politischer Opportunismus war hingegen die Triebfeder bei einem hohen Prozentsatz der rechtsstehenden Allgemeinen Zionisten und der Mapam. Erstere haben individuell Wiedergutmachungsansprüche gestellt und darin keine Verletzung ihrer persönlichen Würde und Ehre gesehen. Im Kampf um die Macht ist ihnen jedoch wenig daran gelegen, daß die gegenwärtige Regie-

rung wirtschaftlich entlastet wird und dadurch fester im Sattel sitzt, was sicherlich eine Folge der deutschen Reparationen sein dürfte.

Mapam ist sicherlich nicht prinzipiell antideutsch. Ihr Abgeordneter Mordechai Oren besuchte sogar vor seiner Verhaftung in Prag den Berliner «Friedenskongreß». Da die Forderung nach ostdeutschen Reparationen trotz mehrfacher Mahnung seitens der Sowjetregierung unbeantwortet blieb, können die kominformhörigen «Mapamniks» ein Bonner Entgegenkommen nicht begrüßen. Politisch bringt es ihnen, bei gleichzeitigem Stillschweigen Wilhelm Piecks, Walter Ulbrichts und deren Moskauer Auftraggeber, keinen Gewinn, sondern Rückschläge.

Trotz starken Gegenströmungen steht die israelische Bevölkerungsmehrheit hinter der Regierung und ihrer sachlichen Haltung. Auch sie ist unterschiedslos der Meinung, daß es für Menschenleben keine Wiedergutmachung geben kann. Hingegen wäre es unmoralisch, geraubtes jüdisches Eigentum nicht zurückzufordern. Soweit keine Erben vorhanden sind, hätte das einzige Land mit offenen Grenzen für alle Juden der Welt, in das Hunderttausende potentieller Hitleropfer fliehen konnten, höchstes Anrecht darauf.

Wer objektiv über die Dinge nachdenkt, weiß natürlich, daß den Reparationen ein Handel folgen muß. Woher sollte man später beispielsweise die notwendigen Ersatzteile beziehen? Heute schon gibt es trotz offiziellem Boykott und unter Protesten wieder eine beschränkte Menge deutscher Waren in Israel, teilweise infolge legaler Ankaufsausnahmerechte für die Jewish Agency.

Wichtiger aber als diese materiellen Dinge bleibt eine Tatsache. Nennenswerte Kreise in Israel erkennen heute durchaus den guten Willen individueller Deutscher an, darunter Dr. Kurt Schumachers, der die Wiedergutmachungskampagne im Bundestag startete, und sogar Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauers. Auch Namen wie Küstermeier und Erich Lüth (Führer der «Friede-mit-Israel»-Bewegung) erfreuen sich einer Wertschätzung. Die Demissionsgesuche der deutschen Delegierten Professor Franz Böhm und Küsters, als die Reparationsverhandlungen durch Bonner Manöver in eine Sackgasse geraten waren, fanden ein positives und aufmerksames Echo. (Als erster Deutscher genießt Böhm, der später bekanntlich wieder die Delegationsführung übernahm, hier so etwas wie Popularität.) Leider dringen jedoch immer wieder antisemitische Stimmen aus Deutschland herüber. Solange sie nicht verstummen, bleibt das zeithistorisch nur allzu berechtigte Mißtrauen gegen die Deutschen bestehen.

Großbritannien hat, besonders nach seinen Erfahrungen mit Iran und Ägypten, Israel als eine positive, stabile Kraft im Mittleren Osten anerkannt. Zwischen beiden Staaten ist das Verhältnis ein freundschaftliches. Man trägt einander nichts mehr nach, und der außerordentlich geschickten Diplomatie des ersten britischen Botschafters Sir Knox Helm (jetzt in Ankara) glückte der Wiederaufbau gesprengter Vertrauensbrücken. Wohl nirgends im Vorderen

und Mittleren Osten sind übrigens englische Lebensformen so eingewurzelt wie in Israel.

Zwischen dem jüdischen Staat und der Kominformwelt herrschen korrekte Beziehungen, die gesellschaftlich noch freundlich sind, hingegen politisch immer kühler werden. Verbot des Zionismus und seine Brandmarkung als reaktionär, steigender Antisemitismus und Erschwerung der Auswanderung nach Israel, die die Sowjetunion gänzlich untersagt, müssen natürlich hier verbittern. Moskau hatte einmal Israel bejaht, zog sich aber grollend zurück, als David Ben Gurions gemäßigte und unmarxistische Sozialisten (Mapai) die bei weitem größte Partei des Landes wurden und kominformistische Tendenzen im parlamentarischen Spiel bedeutungslos blieben. Stalins Flirt mit den Arabern wird immer offensichtlicher, und Jerusalems prowestliche Linie versteift sich durch die Haltung des Ostens.

Unter dem sowjetischen Emigrationsverbot leidet Israels Bevölkerungspolitik. Gerade diese Reservoirs Osteuropas könnten bestes und produktivstes Menschenmaterial liefern und einen Ausgleich zum sozialen Tiefstand vieler orientalischer Elemente bieten.

Trotz der Masseneinwanderung wird der Lebensstandard der israelischen Massen — der weitaus höchste im Mittleren Osten — nicht drakonisch gesenkt. Das Land hat eine Regierung aus Arbeiterpartei (Mapai) und Religiösem Block mit starkem Übergewicht der ersteren. Mapai stützt sich auf die von ihr an den Spitzen kontrollierte Histadruth. Offiziell ist Histadruth eine landesumspannende Gewerkschaft. Tatsächlich aber beherrscht sie, wie ein Staat im Staate, die verschiedensten Institutionen. Als Haupt- oder Mitbesitzerin wichtigster Industrieunternehmungen, landwirtschaftlicher Kooperative, der Transportgesellschaften usw. ist Histadruth der größte Arbeitgeber.

Um diese Position zu halten und um den Einfluß der (kommunistischen) Mapam innerhalb der Gewerkschaften nicht zu vergrößern, muß die herrschende Partei ein Absinken der Reallöhne verhindern. Daher bleiben die Löhne an den Preisindex gebunden (gleitende Lohnskala). Erhöhte Produktivität ist jedoch schon wegen Rohstoffmangels schwer erreichbar.

Ben Gurions stark auf Arbeiterwohlfahrt abgestimmte wirtschaftliche Linie setzt verständnisvolle Koalitionspartner voraus. Aus ideologischen und außenpolitischen Gründen kann er mit der Mapam nicht zusammengehen. Der Religiöse Block, heute das Zünglein an der Waage, macht ökonomisch keine nennenswerten Schwierigkeiten. Seine Rechnung wird auf anderen Gebieten präsentiert: rituelles (koscheres) Monopol für die vom Staat durchgeführte Fleischeinfuhr (trotz höheren Preisen und niedrigeren Rationen!) und Sabbatruhe, gegen die wohl selbst der schottische Sonntag noch amüsant ist, verleihen dem Leben mittelalterliches Gepräge. Am einzigen freien Tag der Woche fallen die öffentlichen Verkehrsmittel aus, und es ist dem israelischen Staatsbürger während des glutheißen Sommers nur in viel zu teuren Taxis

möglich, einen Ausflug ans Meer zu machen (von Verwandtenbesuchen nach Nachbarorten ganz zu schweigen!). Derartige Tyrannei hat zu tiefgehenden Mißstimmungen geführt.

Dennoch ist der Drang zum Aufbau weit stärker. Wer das Land besucht, bemerkt seine Früchte überall. Die Städte haben sich seit 1936 verdoppelt und verdreifacht — mit modernsten hygienischen Wohnhäusern. Natanja, damals nur drei Jahre alt, ist heute ein bemerkenswertes Industrie- und Touristenzentrum. Riesige, einst öde Landstriche wurden urbar gemacht. Da reiht sich Dorf an Dorf, Siedlung an Siedlung. Mancherorten erschrecken noch die häßlichen Profile der Maabarot (Einwandererlager). Aber das um sie herum Geschaffene berechtigt zu Hoffnungen.

Während einer Zweitagereise durch die Negewwüste — man untersucht sie jetzt auf ihre Bodenschätze hin — beobachtete ich, wie auch hier das Leben sich durchsetzt. Optimisten wollen trotz allen Schwierigkeiten in diesem Lande noch weitere drei bis vier Millionen Juden unterbringen. Das klingt phantastisch. Wir stellten aber bereits fest: Wer in diesem Lande nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist.

(Copyright by A. J. Fischer)

HUGO JORDI

Das Problem der Gewalt

Die Darlegungen des Genossen Brügel, erschienen unter obigem Titel in der «Roten Revue» vom Juli, erheischen eine Richtigstellung. Brügel schreibt:

> «Jordi verfällt einem verbreiteten Irrtum, wenn er der Meinung Ausdruck gibt, daß das Linzer Programm der österreichischen Sozialdemokratie die Formulierung enthält: demokratisch, solange wir können, diktatorisch, sobald man uns zwingt. Das steht nicht in dem Programm, und darum kann auch Jordis Interpretation nicht richtig sein.»

Der Satz: «Demokratisch, solange wir können, diktatorisch, sobald man uns zwingt», steht allerdings *nicht wörtlich* genau so im Linzer Programm, wohl aber *vollkommen dem Sinne nach.* Was ich für den Wortlaut dieses Programms hielt, war die von Otto Bauer oft gebrauchte, geflügelte Interpretation des Linzer Programms.

Im Linzer Programm heißt es — genau dem Sinne meiner Darlegungen entsprechend:

> «Wenn es einer Gegenrevolution der Bourgeoisie gelänge, die Demokratie zu sprengen, dann könnte die Arbeiterklasse die Staatsmacht nur noch im *Bürgerkrieg* erobern.» (III. Abschnitt, «Der Kampf um die Staatsgewalt», Punkt 2, Abschnitt 5.)